Erster Stadtrat Knapp gibt eine Einführung in die Haushaltsplanung 2023/2024 im Zuge aktueller Veränderungen (Veränderungsliste) anhand einer Power-Point Präsentation, die der Anlage 1 zu entnehmen ist.

Steigende Kosten, zum Beispiel im Bereich Energie, wurden bereits bei der ursprünglichen Haushaltsplanung berücksichtigt. Die steigenden Steuererträge, insbesondere Gewerbesteuerträge, hingegen wurden noch nicht berücksichtigt und wirken sich dadurch positiv auf die Haushaltsplanungen aus.

Frau Broy hinterfragt die Anzahl der neu geplanten Stellen kritisch, da ihr diese als sehr hoch erscheint.

Herr Hahn betont, dass grundsätzlich die Notwendigkeit von Stellen zu hinterfragen ist. Welche Aufgaben sind wichtig und wie effizient werden diese umgesetzt - das seien entscheidende Fragen.

Laut Herrn Pries vom Personalrat ist zu erwarten, dass ab 2023 3- bis 4-mal mehr Wohngeldanträge gestellt werden wie bisher. Die Stellenzahl für den Bereich Wohngeld sei daher realistisch.

Herr Grassau sieht den Bund in der Verantwortung, sich an den Kosten zu beteiligen bzw. diese zu übernehmen, da die Mehrarbeit auf die Wohngeldreform des Bundes zurückzuführen ist.

Herr Knapp erläutert, dass im Bereich Wohngeld das Verhältnis von Fallzahlen zu Stellen zu betrachten ist, sprich die Personaläquivalenz ist entscheidend. Es wurden nur 10 neue Stellen geplant, obwohl demnach sogar 12 neue Stellen geplant werden müssten.

Herr Kluckhuhn schlägt vor, nicht über die Vorlage abzustimmen, da es innerhalb der Fraktionen noch Beratungsbedarf gibt. Die Vorberatung und Entscheidung über den Doppelhaushalt 2023/2024 soll in der Ratsversammlung erfolgen. Mit diesem Vorschlag sind die Ausschussmitglieder einverstanden.